

**Niederschrift  
zur Sitzung des Hauptausschusses des Amtes Geest und Marsch  
Südholstein (öffentlich)**

**Sitzungstermin:** Donnerstag, den 29.02.2024

**Sitzungsbeginn:** 18:30 Uhr

**Sitzungsende:** 20:20 Uhr

**Ort, Raum:** Amtshaus des Amtes Geest und Marsch Südholstein,  
Sitzungssaal, Wedeler Chaussee 21, 25492 Heist

**Anwesend sind:**

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Wolfgang Balasus	CDU	
Herr Bürgermeister Peter Bröker	CDU	
Herr Bürgermeister Torsten Butz	AKWG	
Herr Bürgermeister Uwe Hüttner	CDU	
Herr Bürgermeister Julian Kabel	CDU	
Herr Bürgermeister Daniel Kullig	BfH	
Herr Bürgermeister Hans-Peter Lütje	CDU	
Herr Bürgermeister Jürgen Neumann	CDU	Vorsitzender
Frau Bürgermeisterin Anja Pump	CDU	
Herr Bürgermeister Michael Rahn-Wolff	FW	stv. Vorsitzender

Außerdem anwesend

Herr Michael Möller-Stute	FWH
Herr Gebhard Rühlow	GuU

Gäste

1 Einwohner

Presse

Herr Bastian Fröhlig	Presse
----------------------	--------

Protokollführer/-in

Herr Neumann	Fachbereichsleiter FB 3
--------------	-------------------------

Verwaltung

Herr Feber	Fachbereichsleiter FB5	
Frau Früchtenicht	Personalratsvorsitzende	
Herr Goetze	Büroleitender Beamter	
Frau Goldau		stv. Fachbereichsleiterin FB 1
Herr Hauschildt	Fachbereichsleiter FB 2	
Frau Jathe-Klemm	Fachbereichsleiterin FB 4	
Frau Neermann	Gleichstellungsbeauftragte	
Herr Wulff		Amtsleiter

**Entschuldigt fehlen:**

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 16.02.2024 einberufen. Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden. Der Hauptausschuss ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich. Zu Punkt 9 der Tagesordnung wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Die Tagesordnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung**:

**Tagesordnung:**

1. Bericht des Amtsdirektors
  - 1.1. Halbjahresbericht 2. Halbjahr 2023
2. Einwohnerfragestunde
3. Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung
4. Mediationsverfahren Grundschule Haseldorfer Marsch des Amtes Geest und Marsch Südholstein
5. Zukunft der Bürgerbüros
6. Erbbaurechtsvertrag Gem. Moorrege/ Amt GuMS; Münsterweg 60-84  
Vorlage: 0283/2023/AMT/BV
7. Haushaltssatzung des Amtes Geest und Marsch Südholstein für das Haushaltsjahr 2024  
Vorlage: 0288/2024/AMT/BV
8. Verschiedenes
  - 8.1. Papierloser Sitzungsdienst
  - 8.2. Solarfreiflächenanlagen in Außenbereichen
  - 8.3. Sitzungsbeginn

**Protokoll:**

**zu 1 Bericht des Amtsdirektors**

Amtsdirektor Wulff berichtet laut **Protokollanlage 1**.

Bgm. Neumann kritisiert, dass das Land entgegen der ursprünglichen Zusagen die Finanzierung für die ab 2026 geplante Ganztagsbetreuung an den Grundschulen deutlich reduzieren will. Angesichts der fehlenden Finanzierungszusagen des Landes stellt die Gemeinde Heist die weiteren Vorbereitungen für die Einführung der Ganztagsbetreuung bis auf Weiteres zurück.

**zur Kenntnis genommen**

**zu 1.1 Halbjahresbericht 2. Halbjahr 2023**

AD Wulff verweist auf den vorliegenden Halbjahresbericht des Amtes für das 2. Halbjahr 2023.

**zur Kenntnis genommen**

**zu 2 Einwohnerfragestunde**

Einwohnerfragen werden nicht gestellt.

**zu 3 Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung**

Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

**zu 4 Mediationsverfahren Grundschule Haseldorfer Marsch des Amtes Geest und Marsch Südholstein**

Amtsdirektor Wulff fasst den aktuellen Sachstand zusammen. Das mit breiter Beteiligung durchgeführte Mediationsverfahren zwischen Haselau, Haseldorf und Hetlingen ist gescheitert. Haseldorf und Haselau haben Beschlüsse gefasst, die Schließung der Schule beim Schulministerium zu beantragen. Hetlingen will seinen Standort erhalten.

Bgm. Rahn-Wolff bekräftigt die Forderung der Gemeinde Hetlingen zum Erhalt des Standortes in Hetlingen und weist darauf hin, dass auch die Umlandgemeinden von der Entscheidung betroffen sind.

Bgm. Kullig stellt klar, dass ein zentraler Schulstandort mit einheitlichen Klassengrößen die sinnvollste Lösung ist und zudem Planungssicherheit für den Neubau der Grundschule in Haseldorf benötigt wird.

Bgm. Bröker ergänzt, dass die Schließung des Standortes in der Gemeinde Hetlingen keine böswillige Entscheidung gegen die Gemeinde Hetlingen darstellt, sondern eine Entscheidung für das Wohl der Kinder ist. Auf die Empfehlung des Schulausschusses Grundschule Haseldorf im Amt Geest und Marsch Südholstein wird verwiesen.

Für die abschließende Entscheidung im Amtsausschuss wird eine Vorlage erwartet.

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss, den Amtsdirektor zu beauftragen, die Schließung des Standortes in der Gemeinde Hetlingen beim zuständigen Ministerium zu beantragen.

**mehrheitlich beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 2 Nein: 1 Enthaltung: 7**

**zu 5 Zukunft der Bürgerbüros**

AD Wulff berichtet, dass sich der Amtsausschuss dafür ausgesprochen hatte, dass die Bürgerbüros in den Gemeinden Appen, Heidgraben und Holm weiterhin betrieben werden und in 2024 eine erneute Betrachtung der Zukunft der Bürgerbüros erfolgt. An der Situation in den Bürgerbüros hat sich keine Änderung ergeben und die Außenstellen werden nach wie vor gut besucht. Herr Wulff sieht daher derzeit keine Notwendigkeit, den weiteren Bestand der Bürgerbüros in Frage zu stellen.

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss empfiehlt, die bestehenden Bürgerbüros in den Gemeinden Appen, Heidgraben und Holm bis auf Weiteres aufrecht zu erhalten. Den Mehraufwand für die Sachkosten haben weiterhin die jeweiligen Gemeinden zu tragen.

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0**

**zu 6 Erbbaurechtsvertrag Gem. Moorrege/ Amt GuMS; Münsterweg 60-84  
Vorlage: 0283/2023/AMT/BV**

Herr Goetze erläutert die Sitzungsvorlage und den aktuellen Sachstand zum geplanten Neubau von Schlichtwohnungen im Münsterweg in Moorrege.

Der Amtsausschuss hat auf seiner Sitzung am 28.03.2023 die Umsetzung der Baumaßnahme beschlossen, sofern die Förderung in Höhe von 35% in Anspruch genommen wird.

Jedoch ist eine Vorgabe des Fördergeldgebers, dass der Bauantragssteller Grundstückseigentümerin ist oder ein Erbbaurechtsvertrag geschlossen wird.

Die Lösung über einen Erbbaurechtsvertrages wurde mit dem Fördergeldgeber abgestimmt und durch diesen bestätigt.

Da die Fördermittel für die soziale Wohnraumförderung ausgeschöpft sind, können Förderanträge erst wieder ab 01.09.2024 gestellt werden. Ein Baubeginn der Schlichtwohnungen ist in 2024 nicht zu erwarten. Im Haushalt 2024 sind somit lediglich Planungs- und Nebenkosten berücksichtigt.

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss empfiehlt, dem vorliegenden Entwurf des Erbbaurechtsvertrages des Notars Timo Quehl vom 14.12.2023 mit der Gemeinde Moorrege für die Flurstücke 107/2; 107/4 sowie 106/2 der Flur 10 Gemarkung Moorrege zuzustimmen. Der Amtsdirektor wird ermächtigt den Erbbaurechtsvertrag rechtskräftig zu schließen.

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0**

zu 7

**Haushaltssatzung des Amtes Geest und Marsch Südholstein für das Haushaltsjahr 2024**

**Vorlage: 0288/2024/AMT/BV**

Der Protokollführer erläutert die wesentlichen Eckpunkte der vorliegenden Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Jahr 2024.

Der Entwurf der Haushaltssatzung weist für das Haushaltsjahr 2024 im Ergebnisplan einen ausgeglichenen Haushalt aus.

Im Haushaltsjahr 2024 ist keine Kreditaufnahme beabsichtigt. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 16.064.000 € festgesetzt. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die in den Folgejahren zu erwartenden voraussichtlichen Kosten für den Neubau der Grundschule Haseldorf.

Die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen beträgt 93,35 Stellen. Mit der Haushaltssatzung wird der Amtsumlagesatz auf 21,93 % der Finanzkraft der amtsangehörigen Gemeinden festgesetzt.

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss empfiehlt, die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Amtes Geest und Marsch Südholstein für das Haushaltsjahr 2024 zu beschließen.

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0**

**zu 8 Verschiedenes**

**zu 8.1 Papierloser Sitzungsdienst**

Herr Wulff teilt mit, dass im Rahmen der weiteren Digitalisierung ein Umstieg auf den papierlosen Sitzungsdienst beabsichtigt ist.

Grundlage für einen papierlosen Sitzungsdienst (Verzicht auf Versand von Einladungen, Anträgen, Beschlussvorlagen und Niederschriften in Papierform) ist ein Grundsatzbeschluss der jeweiligen Gemeindevertretung. Nach wie vor entstehen hohe Papier- und Portokosten sowie ein zusätzlicher Aufwand für den Sitzungsdienst.

In einzelnen Gemeinden bestehen bereits unterschiedliche Regelungen, um den Umstieg auf den papierlosen Sitzungsdienst zu fördern. Einige Gemeinden gewähren ein Zuschuss für die Beschaffung von privaten Endgeräten. Andere Gemeinde zahlen den Gremienmitgliedern für die Nutzung privater Endgeräte eine Aufwandsentschädigung.

Mit einer finanziellen Förderung wird ein Anreiz geboten, auf den papierlosen Sitzungsdienst umzusteigen. AD Wulff appelliert, in den Gemeinden die Voraussetzungen zu schaffen und dafür zu werben, auf den papierlosen Sitzungsdienst umzusteigen.

Bgm. Neumann bittet um eine Information, welche Regelung der finanziellen Förderung in den jeweiligen Gemeinden besteht. Als **Protokollanlage 2** wird eine Aufstellung über die angefallenen Portokosten beigefügt.

**zu 8.2 Solarfreiflächenanlagen in Außenbereichen**

Herr Rahn-Wolff teilt mit, dass Bestrebungen der Gemeinden auf Außenbereichsflächen Solaranlagen zu errichten, bisher gescheitert sind, da zusätzliche Untersuchungen, wie ein Potenzialkataster, Flächenanalysen, Planungsregionen u.ä. gefordert werden. Er regt an, dass sich die Gemeinden gemeinsam mit der Möglichkeit der Ausweisung von Freiflächenanlagen befassen.

Seitens der Bürgermeister wird eine Gesprächsrunde der Gemeinden für sinnvoll erachtet, um mögliche Flächen zu ermitteln und die weitere gemeinsame Vorgehensweise zu besprechen. Die Gesprächsrunde soll durch die Klimaschutzbeauftragten des Amtes initiiert werden.

**zu 8.3 Sitzungsbeginn**

Auf Wunsch von Bgm. Kabel soll der Sitzungsbeginn des Hauptausschusses zukünftig auf 19.00 Uhr festgesetzt werden.

Für die Richtigkeit:

Datum: 08.03.2024

---

Gez. (Jürgen Neumann)

---

Gez. (Neumann)  
Protokollführer